

Lübener Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaltene Poststelle oder deren Raum 35 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 88.

Mittwoch, den 17. April 1918.

25. Jahrg.

Die Kosten der Lebenshaltung und das Einkommen.

In einem guten Teil der bürgerlichen Presse wird bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit auf die „hohen Kriegslöhne“ hingewiesen, die angeblich von den Arbeitern und Arbeiterinnen verdient werden sollen. Besonders sind es die den Unternehmerverbänden und den großindustriellen Kriegsgewinnlern nahestehenden oder von ihnen ausgehaltenen Blätter, die es so darzustellen versuchen, als hätten die Löhne der „Munitionsbarone“ und „Granatengrafen“, wie die fleißigen Hersteller des deutschen Kriegsbedarfs höhnend genannt werden, eine geradezu schwindelhafte Höhe erreicht. Man möchte dadurch die Aufmerksamkeit von den Buchergewinnen ablenken, die von den Kriegslieferanten auf Kosten des ganzen Volkes zusammengeschart werden; mit welcher selbstjüchtigen Skrupellosigkeit dabei zu Werke gegangen wird, das hat der Fall Daimler mit aller Deutlichkeit offenbart. Um diese unangenehmen Entstellungen zu überdecken, schreit man jetzt nach dem Muster des Spitzbuben, der sich auf der Flucht vor den Verfolgern retten will, unter Hinweis auf die „Kriegsgewinne der Arbeiter“ aus Leibesträften: „Haltet den Dieb!“

Der brave deutsche Pfahlbürger ist nur zu leicht geneigt, dieses Geheiß für bare Münze zu nehmen. Daraus ergibt sich für die Arbeiterpresse die Notwendigkeit, dieser Irreführung und Verzichtigung der öffentlichen Meinung entgegenzuwirken mit Tatsachenmaterial, das wenigstens dem urteilsfähigen Teile des Volkes zeigen muß, was das Gerede von den hohen Arbeiterlöhnen in der Kriegszeit wirklich wert ist. Eine gute Gelegenheit dazu bietet jetzt wieder eine Denkschrift über die Lebenshaltung im Kriege, die der Kriegsausschuß für Konsuminteressen der deutschen Reichsbehörden und den bundesstaatlichen Regierungen überreichte und die einen Ueberblick über die Preise für die wichtigsten Lebensmittel und Gebrauchsartikel vergleicht mit dem Einkommen der Arbeiter, Beamten und Privatangestellten enthält. Die Angaben stützen sich fast durchweg auf amtliches statistisches Material, sodaß sie auch von dem, der einseitige statistische Erhebungen mit einer gewissen Voreingenommenheit zu betrachten geneigt ist, als zuverlässig angesehen werden können.

Die Zusammenstellung liefert zunächst den ziffernmäßigen Nachweis für den Grad der Steigerung der Lebensmittelpreise in der Kriegszeit. Nach den Feststellungen des Königlich Preussischen Statistischen Landesamtes in Berlin über die Kleinhandelspreise in 51 preussischen Städten stieg von September 1913 bis September 1917 der Preis z. B. für ein Hühnerrei um mehr als das Dreifache, von 8,6 auf 34,8 Pfg.; für 1 Kg. Rindfleisch um 233 Proz., von 9,1 auf 32,4 Pfg.; für Kartoffeln um 188 Proz., von 7,1 auf 20,5 Pfg.; für Eibutter um 110 Proz., von 269,7 auf 568,9 Pfg.; für 1 Liter Vollmilch um 79 Proz., von 21,1 auf 37,9 Pfg. Selbst der Preis für das notwendigste Nahrungsmittel, das Brot, ist trotz aller behördlichen Preisfestsetzungen fast um ein Drittel gestiegen, und zwar von 29,1 auf 38,7 Pfg. für das Kilogramm, das sind 9,6 Pfg. oder 32 Proz. Der Preis des Weizenmehls ging von 37,5 auf 49,0 oder um 31 Proz., der des Roggenmehls von 29,9 auf 43,4 Pfg. oder um 45 Proz. in die Höhe!

In ähnlicher Weise wie im Kleinhandel traten die Preissteigerungen schon im Großhandel in die Erscheinung. So erhöhte sich z. B. der Preis für 100 Kg. Kartoffeln von 5,14 Mk. im September 1913 auf 17,87 Mk. im September 1917, also um 12,73 Mk. oder um 247 Proz.; für Weizenmehl von 30,50 Mk. auf 38,70 Mk., also um 8,20 Mk. oder um 26 Proz.; für Roggenmehl von 24,80 Mk. auf 34,90 Mk., also um 10,10 Mk. oder um 40 Proz. Geradezu ungeheuerlich war besonders die Steigerung des Großhandelspreises für Kartoffeln, der 1917 um das Zweieinhalbfache höher war als 1913. Da der Kleinhandelspreis nur um 188 Proz. gestiegen ist, ergibt sich, daß aus dieser gewaltigen Verteuerung der Kartoffeln der Großhandel und vor allen Dingen wohl der Erzeuger seinen Vorteil gezogen hat.

Noch viel unheimlicher als bei den genannten Nahrungsmitteln waren die Preissteigerungen bei Gemüse und Obst. So stiegen z. B. die Berliner Großhandelspreise nach amtlichen Notierungen der Markthalle von Oktober 1913 bis Oktober 1917 nach den festgesetzten Höchstpreisen für 50 Kg. Spinat von 4—7 auf 39 Mk., Tomaten von 8—14 auf 42 Mk., Zwiebeln von 3—3½ auf 17 Mk., Kürbis von 3—4½ auf 13 Mk., Nessel von 4—11 auf 16—51 Mk. und Birnen von 6—15 auf 14½—51 Mk., also um das Dreifache bis Fünffache! Und in Leipzig gingen die Gemüse- und Obstpreise nach den Feststellungen der Markthallenverwaltung über die erste Augustwoche der Jahre 1914 bis 1917 in dieser Zeit für Salatgurken um 50, Zwiebeln um 75, Kohlkohl um 100, Weißkohl, Rhabarber und Radieschen um 150, Birnen um 200, Nessel um 215, Blumenkohl um 220, Pilze um 250, Blattsalat um 300, Wirsingkohl und Rettiche um 400, Tomaten und Möhren um 500, Kohlrabi um 566½ und grüne Bohnen sogar um 900 Prozent hinan!

Die Fleischpreise haben sich nach den Veröffentlichungen des Kaiserlichen Statistischen Amtes während der Kriegszeit im Reichsdurchschnitt weit mehr als verdoppelt. Nach den Feststellungen schwankte die Erhöhung der Kleinhandelspreise von 1913 (Jahresdurchschnitt) bis 1917 (Ok-

tober) für Rindfleisch in 22 deutschen Großstädten zwischen 86 Proz. in Straßburg i. El. und 207 Proz. in Frankfurt am Main; unter 100 Proz. blieb die Preissteigerung neben Straßburg nur in Hildesheim (88), Bremen (92) und Mannheim (98), während sie in allen anderen 18 Städten über 100 und in Frankfurt a. M. sogar über 200 Proz. betrug. Für Schweinefleisch schwankte die Preissteigerung zwischen 54 Proz. in München und 164 Proz. in Berlin.

Ebenso wie die Nahrungsmittelpreise sind auch die Kosten für Beleuchtung und Heizung in der Kriegszeit ganz gewaltig in die Höhe getrieben worden. Das Liter Petroleum, das nach den Mitteilungen des Statistischen Landesamtes in Berlin 1913 20,50 Pfg. kostete, mußte 1917 mit 32 Pfg. bezahlt werden, was einer Erhöhung um 11,5 Pfennig oder um 56 Proz. entspricht. Der Preis für Steinkohlen stieg in derselben Zeit um 68, für Braunkohlenbrückens je nach der Sorte um 69 und 77 Prozent! Das war die durchschnittliche Steigerung in 51 preussischen Städten. Sie wurden in einzelnen Orten noch bedeutend überboten. So stieg z. B. der Kleinverkaufspreis für Braunkohlenbrückens in Altona um 212 und für Braunkohlen in Magdeburg sogar um 237 Prozent!

Diese bedeutenden Preissteigerungen auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung werden durch die Preistreiber für Textilwaren, also auf dem Gebiete der Bekleidung, noch weit in den Schatten gestellt. So betragen nach dem „Konfektionär“ die Preise z. B. für Tuche (reinwollene Kammgarne und Gabardines) früher 3—4½, jetzt 40—45 Mark, für halbwoollene Stoffe früher 1,60—2,50, jetzt 24—27 Mark, für Hemdentuche früher 22—50 Pfg., jetzt 6—7 Mk., für das Duzend baumwollene Seiden früher 3, jetzt 18 Mk., für wollene Damenstrümpfe früher 1,30—2,75, jetzt 12—15 Mark usw. Die Preise sind also zum Teil um das Dreifache und noch darüber hinaus gestiegen; Damenhemden haben sogar nach dem „Konfektionär“ eine Preissteigerung um rund 1500 Prozent erfahren!

Auf jedem anderen Gebiete liegen die Verhältnisse ähnlich. Nach Feststellungen, die der Kriegsausschuß für Konsuminteressen in einem großen Berliner Warenhaus machen ließ, kosteten z. B. emaillierte Kochtöpfe bis 1915: 1,10 Mk., 1917: 4,25 Mk., Einmachgläser 1915: 0,38, 1917: 1,70 Mk., Steingutköpfe 1915: 1,15, 1917: 4,00 Mk., Gießkannen 1915: 2,20, 1917: 7,80 Mk., Scheuertücher 1915: 0,35, 1917: 2,50 Mk. und so fort. Es gibt wohl keinen Gegenstand, der nicht im Preise ganz wesentlich gestiegen wäre, jedoch wohl nicht zuziel gelagert wird mit der Behauptung: die Kosten der Lebenshaltung in ihrer Gesamtheit haben sich im Laufe des Krieges weit mehr als verdoppelt.

Daß mit dieser ungeheuerlichen und drückenden Verteuerung der gesamten Lebenshaltung die Erhöhung der Arbeiterlöhne, auch wenn sie noch so bedeutend gewesen sein sollte, auch nur annähernd gleichen Schritt gehalten hätte, wird mit gutem Gewissen niemand behaupten können. Gewiß, die Löhne sind im allgemeinen höher geworden, zum Teil auch ganz beträchtlich, aber an das Verhältnis der Preissteigerung auf allen Gebieten und der Verteuerung der Lebenshaltung reichen die Lohnerhöhungen auch im günstigsten Falle noch lange nicht heran. Auch hierfür liefert die amtliche Statistik den vollen Beweis.

Nach der stichprobenweisen Erhebung des Kaiserlichen Statistischen Amtes, die sich, ausgehend vom Friedensmonat März 1914, auf die beiden letzten Wochen der Monate März und September 1914, 1915 und 1916 erstreckt, zeigt sich in der Gesamtheit der befragten Gewerbegruppen für die männlichen Arbeiter vom März auf September 1914 ein Rückgang von 5,17 auf 5,12 Mk. An den folgenden Stichterminden stieg der männliche Durchschnittslohn ununterbrochen bis auf 7,55 Mk. Das ist vom März 1914 bis September 1916 eine Lohnsteigerung um 46 Prozent. Der weibliche Durchschnittslohn ging in derselben Erhebungszeit um 34,1 Proz. in die Höhe. Bis 1917, für das amtliche Zahlen noch nicht vorliegen, mag sich der Lohn um einige Prozent weiter erhöht haben. Die mehr als hundertprozentige Steigerung der gesamten Lebenshaltungskosten wird aber auch durch eine Erhöhung des Lohnes um die Hälfte des vor dem Kriege geltenden Satzes eben nur zur Hälfte gedeckt. Der Lohn müßte sich mindestens verdoppelt haben, wenn er die Preissteigerungen auf allen Gebieten auch nur einigermaßen ausgleichen sollte.

Gewiß, in einigen Industrien geht die Lohnsteigerung von März 1914 bis September 1916 über den vom Kaiserl. Statistischen Amt berechneten Durchschnitt von 46 Prozent für männliche und 34,1 Prozent für weibliche Arbeiter hinaus. So ist in der Maschinenindustrie der männliche Lohn um 48, der weibliche um 70,2 Prozent gestiegen, in der elektrischen Industrie um 64,6 bzw. 74,5 Prozent. In der Eisen- und Metallindustrie blieb die Lohnsteigerung der männlichen Arbeiter mit 44,5 Proz. hinter dem Durchschnitt von 46 Proz. zurück; dagegen hat sich der Lohn der Arbeiterinnen um 99,5 Proz. erhöht, der einzige Fall, in dem sich der Lohn durchschnittlich fast verdoppelt hat. Diefen Lohnsteigerungen über den Durchschnitt hinaus stehen aber andere gegenüber, die weit hinter dem Durchschnitt zurückbleiben. So stieg der Lohn der Arbeiter in der chemischen Industrie um 34,8 Proz. (der Arbeiterinnen um 50,4 Proz.), in der Papierindustrie um 40,6 Proz., in der Gewerbegruppe Holz- und Schnitstoffe um 32,9 Proz. (der Arbeiterinnen um

30,2 Proz.) und im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe gar nur um 8,2 Proz. (der Arbeiterinnen um 37,6 Proz.).

Diese Angaben lehren mit aller Klarheit, was das Gerede von den „hohen Kriegslöhnen“ der Arbeiter, von den „Arbeitern als Kriegsgewinnlern“ auf sich hat. Während die Unternehmungen, wie die Betriebsergebnisse der Aktiengesellschaften ausweisen, ihre Gewinne vervielfachten, ging der Arbeiterlohn im Durchschnitt nur etwa um die Hälfte des Satzes vor dem Kriege in die Höhe. Er hielt in keinem Falle, wie die Angaben über die Kosten der Lebenshaltung lehren, mit der Verteuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel gleichen Schritt, sondern blieb noch mindestens um die Hälfte hinter dieser zurück. Daraus ergibt sich, daß sich die Lebenshaltung der Arbeiter trotz allen Lohnzulagen nicht verbessert, sondern verschlechtert hat. Die Arbeiter mögen nur, trotz alles feindlichen Geschreis in ihrer Arbeit für die Erhöhung ihrer Löhne nicht erlahmen.

Die Kämpfe im Westen.

In den Kämpfen zwischen Armentieres und Ypern sind die deutschen Truppen wieder ein gut Stück vorwärts gekommen. Sie haben die Höhen von Wytschaete erstürmt und Bailleul genommen und dadurch die Ypernstellung Barakt gefährdet, daß sie nicht mehr zu halten sein dürfte.

Die „Zürcher Post“ meldet: Marschall Haig vermochte den deutschen Vormarsch gegen die Rückzugslinien der Ypernstellung bisher nicht aufzuhalten. Die drohende Umgehung des wichtigen Waldes von Kieppe bleibt bestehen. Rechts anschließend steht der deutsche Angriff unmittelbar vor den wichtigen, das große Yperngeschieß beherrschenden Kemmestellungen.

Vormittags am 15. April stürmten deutsche Truppen das bisher von den Engländern mit äußerster Zähigkeit und unter hohen Verlusten gehaltene Dorf Wulverghem, nebst den beherrschenden Höhen nordwestlich des Dorfes. Die Gunst der Lage auszunutzen, schlossen sich die jüdischen Nachbarruppen an und nahmen gleichfalls in kühnem Anlauf die feindlichen Stellungen. Während der äußerst wirksamen Artillerieorbereitung, im Nahkampf und auf der Flucht, erlitten die Engländer ungewöhnlich starke Verluste. Vor allem tat ihnen Abbruch das Verfolgungsfeuer der von den eroberten Kuppen in die dichten fliehenden Massen feuernden deutschen Artillerie.

Die schweizerische Devescheninformation meldet aus Paris: In der „Humanite“ wendet sich Renaudel in scharfer Weise gegen die amtlichen französischen Heeresberichte und betont, daß diese immer nur die halbe Wahrheit sagen. Gleiche Klage wird in London über die amtlichen englischen Berichte geführt.

Die Berichte.

W.S. Berlin, 16. April, abends. (Amtlich.) Die Höhen von Wytschaete wurden erstürmt. Bailleul ist genommen.

Der englische Heeresbericht

Vom 16. April meldet: Gestern Abend unternahm der Feind nach vorangegangener starker Beschießung einen sehr heftigen Angriff gegen unsere Stellungen zwischen Bailleul und Neuve Eglise (Kiewerke). Der Angriff wurde ausgeführt durch drei ausgeführte Divisionen, die bisher nicht im Kampfe waren. Es gelang ihnen nach heftigem, erbittertem Kampfe, die Höhen südlich und östlich Bailleuls, die die Namen de Pille und Kobelsberg tragen, zu nehmen. Unsere Truppen zogen sich dann auf die nächsten Stellungen nördlich Bailleul und Wulverghem zurück. Bailleul ist in die Hände des Feindes gefallen. Heute früh entwickelten sich neue Angriffe in der Nähe Wytschaete. Heute am frühen Morgen griff der Feind auch südwestlich Biez-Berquin unter schwerem Artillerie- und Granatbombenfeuer an, wurde aber zurückgeschlagen. Eine Anzahl Gefangener wurde von uns während der Nacht bei erfolgreichem kleineren Unternehmungen südlich Robocop eingedrückt. Von der übrigen britischen Front ist nichts von besonderem Interesse zu melden.

Was der Krieg bringt!

Die Beute der Mittelmächte

an Kriegsmaterial und Vorräten während des letzten Halbjahres beläuft sich auf viele Milliarden. Allein an Geschützen und Artilleriemunition wurde für über eine Milliarde Mark erbeutet. Auf genommene Maschinengewehre entfallen über 60, rollendes Eisenbahnmateriale rund 250, abgeschossene Flugzeuge und Ballone rund 60 Millionen Mark. Zu diesen 1½ Milliarden kommt die ungezählte wertvolle Beute an Kriegsmaterial jeder Art, Pioniergefährten und Nordfrankreich lassen sich überhaupt nicht abzuschätzen. Ihr Wert beträgt das Vielfache jener 1½ Milliarden. Die Beute an Gummi und Kupfer allein in Nordfrankreich deckt den deutschen Heeresbedarf auf ein Jahr. Die Gesamtbeute hat die materielle Kriegsführung der

Mittelmächte außerordentlich gestärkt und die Heimat um den Betrag einer vollen Kriegsanleihe von der Beitragspflicht zu den Kosten entlastet.

Die Baltikfrage.

Der Kaiser hat an den Vorsitzenden des gemeinsamen Landesrats in Riga, Landesmarschall Wikar, folgende Drahtung gerichtet:

„Der Mir in so herzlich Weise dargebrachte Dank des Landesrats von Livland, Estland, Kiga und Desele für die Befreiung der alten Ordenslande von ihrer Bedrängnis hat mich tief gerührt. Ich danke Gott von Herzen, daß er Mich und Meine Armeen das Werkzeug für diese Befreiung hat sein lassen und Mir die Möglichkeit gegeben hat, die Zukunft der alten, durch deutsche Arbeit geschaffenen Lande auf eine sichere Grundlage zu stellen. Die Bitte des Landesrates um Anschluß an das Deutsche Reich unter Meinem Zepher wird mit Wohlwollen geprüft werden. Ich nehme sie als ein Zeichen des Vertrauens zu Meiner Person und Meinem Hause und Deutschlands Zukunft und spreche dem Landesrat Meinen kaiserlichen Dank dafür aus. Wilhelm I. R.“

Eine Abordnung dieses Landesrats ist in Berlin eingetroffen. Wir haben die Zusammensetzung dieses Landesrats vor einigen Tagen einer Würdigung unterzogen.

Die Einschränkung der Fliegerangriffe auf das Heimatgebiet.

Die sozialdemokratische Fraktion des Badischen Landtages hatte folgenden Antrag eingebracht:

„Die Groß-Regierung wird ersucht, im Bundesrat und bei den Reichsbehörden dahin zu wirken, daß dieser für den Abschluß allgemeiner Vereinbarungen zwischen den Kriegführenden einsehen möge, durch welche sofort die gegenseitigen Fliegerangriffe auf Ortschaften außerhalb des Operationsgebiets beseitigt werden.“

In der Begründung wies Genosse Marum darauf hin, daß diese Fliegerangriffe auf das Heimatgebiet ganz zwecklos seien, denn militärischer Schaden werde meist doch nicht angerichtet, lediglich die unshubige Bevölkerung, die ihrer friedlichen Beschäftigung nachgehe, sei der leidtragende Teil. Den Kriegswillen der Bevölkerung beeinträchtigen diese Angriffe in keiner Weise. Es sei deshalb notwendig, daß diesem Schrecken ein Ende gemacht werde. Bei einigem guten Willen müsse es möglich sein, eine Vereinbarung unter den kriegführenden Staaten zu treffen, durch Vermittlung eines neutralen Staates oder der Kurie in Rom.

Die Regierung erklärte, daß sie den Antrag freudig begrüße, das Ministerium sei bereits mit dem Kriegsministerium ins Benehmen getreten, es sei zu hoffen, daß die Bemühungen einen Erfolg haben, wie ihm der Antrag erstrebe. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der österreichische Kaiserbrief.

In römischen politischen Kreisen ist man, der „Stampa“ zufolge, allgemein der Ansicht, der Brief sei von Kaiser Karl im Einverständnis mit dem Deutschen Kaiser geschrieben worden, um Frankreich und seine Bundesgenossen zum Eintritt in Friedensverhandlungen zu bestimmen. Oesterreich hätte den besonderen Zweck verfolgt, Frankreich von Italien zu lösen. Darum seien die Ansprüche Italiens mit keinem Worte erwähnt. Als Ribot vertraulich in Wien Garantien forderte, sei die Sache gelöst. Poincaré habe den Brief am 1. April 1917 erhalten. Am 19. April habe ihn Ribot in Jeanne de Maurienne Boissé, Sonnina und Lord George mitgeteilt. Manche Leute behaupten sogar, daß die Friedensnote des Papstes mit dem Brief im Zusammenhang stehe.

Korniloff bietet der Sowjetregierung seine Dienste an.

Hanas meldet aus Petersburg: Den Blättern zufolge hat General Korniloff der Regierung mitgeteilt, daß die Kozaken in Nowo Tscherkass gewillt seien, die Sowjetregierung anzuerkennen und die Feindschaften einzustellen, wenn dies auch seitens der Regierung geschehe. Korniloff sei bereit, die Führung der Sowjettruppen gegen die Deutschen zu übernehmen.

Nach der Eroberung von Charkow haben die deutschen und ukrainischen Truppen nach einem blutigen Kampf die Offensiv in östlicher Richtung aufgenommen.

Die Chinesen wollen auch mitmachen.

Nach französischen Blättermeldungen aus Peking beabsichtigt die chinesische Regierung ebenfalls Kriegsschiffe nach Vladimirook zu schicken.

Die Türken in Batum.

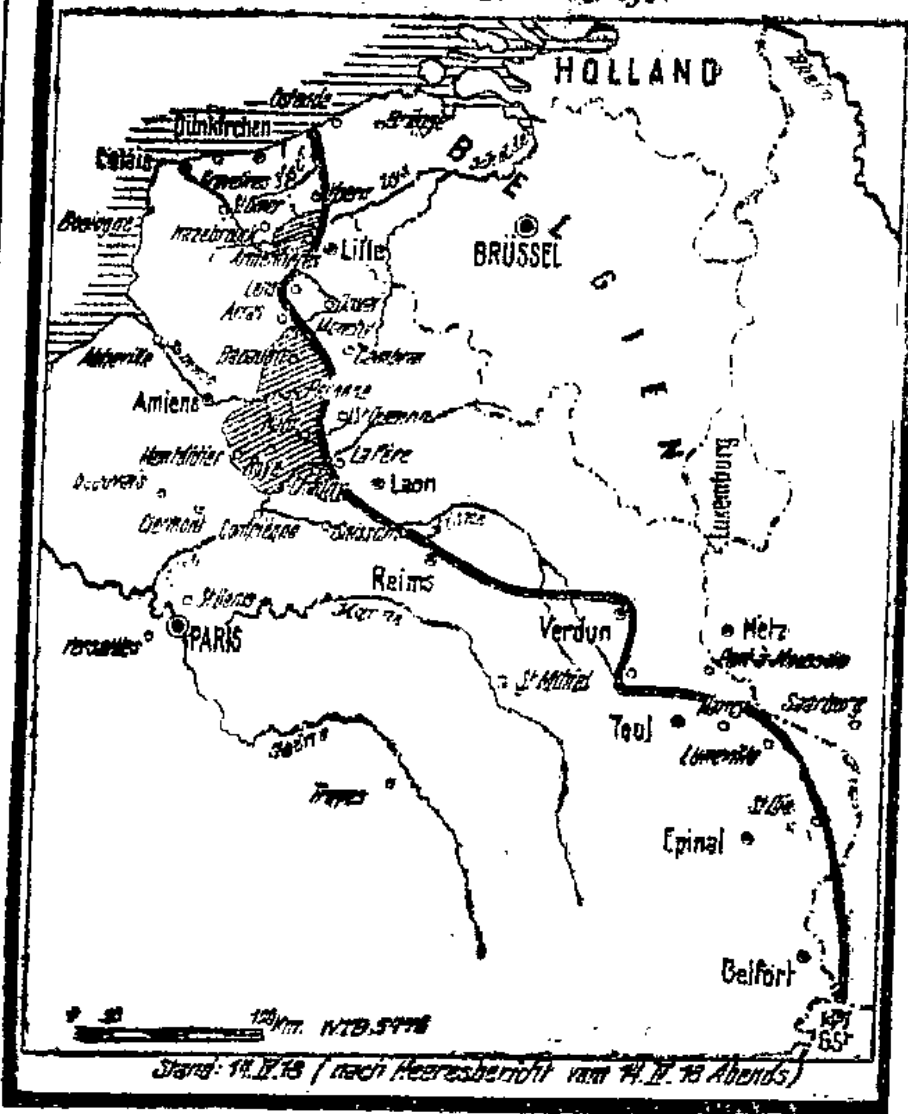
WB. Konstantinopel, 15. April. (Anklicher Tagesbericht.) Die Festung Batum ist gefallen. Nachdem der hartnäckig sich verteidigende Feind Schritt um Schritt auf den Gürtel der Festung zurückgedrängt war, begann am 13. April abends der Angriff auf die Werke der Subiront. In erbittertem Ringen gelang unseren tapferen, von frischem Angriffsgeist befehten Truppen ein Einbruch in die stark verdrahteten und ausgebauten Werke dieser Front. Während im weiteren Verlaufe des Angriffs einige Maschinengewehre die weiße Flagge hielten, leisteten andere bis zum letzten Augenblick tapferen Widerstand. Die Besetzung der Stadt und des Hafens vollzog sich ohne Kampf. Eine Abordnung der Bürger begrüßte unsere Truppen. In der Stadt herrscht Ruhe. Die blutigen Verluste des Gegners sind schwer. Deutlich das Man-See ist Serai von uns besetzt. Auf den übrigen Fronten keine Ereignisse von Bedeutung. (Batum, am Ostufer des Schwarzen Meeres, in wichtigster Ausführlinien des Kaukasus.)

Frankreich und die Czernia-Affäre.

Mit dem Abchied des Grafen Czernia aus dem österreichischen Kabinett ist die wichtigste Dreifach-Affäre für Frankreich noch keineswegs erledigt. Herr Clemenceau mag zwar vorübergehend als der geschicktere Diplomat triumphieren, aber bei seinen politischen Gegnern, deren Zahl nicht gering ist, besteht bei den Sozialisten und Demokraten, wird nur mit Recht die Frage aufgeworfen, ob es nicht klüger und für Frankreich vorteilhafter gewesen wäre, wenn die Regierung den Brief des Kaisers von Österreich als Handhabe zur Beendigung des Krieges benutzt hätte, hat ihn jetzt zur Aufrechterhaltung der Kriegseinstellung ins Treffen zu führen.

Die sozialistische Fraktion der Kammer beabsichtigt, im Freitag die Regierung zu interpellieren, falls Erklärungen, die Clemenceau am Mittwoch in der Kommission abgegeben hat, nicht befriedigen. Die Sozialisten sind der Meinung, daß die Entscheidung einer Vermittlung Oesterreichs gegenwärtig nicht möglich war, wie die Beschäftigung des Sozialistenkongresses in Stockholm.

Skizze zu unseren bisherigen Erfolgen in der grossen Schlacht und in der Schlacht an der Lys.



Die englische Krise.

Insoll nach einer Unterredung zwischen den Arbeiterministern und Lord George behoben sein.

Arnold Bennet nennt in der „Daily News“ den Plan der Einführung der Dienstpflicht in Irland eine tragische Torheit und sagt: Infolge militärischer Dummheiten gegenüber Irland bei Kriegsbeginn hätten wir dort ungeheure Massen ausgebildeter Truppen, die an der Front sein sollten. Natürlich darf ich die Zahlen nicht angeben, aber ich kann sagen, daß wir in einer einzigen irischen Grafschaft reichlich die Hälfte dessen haben, was das ganze neue Mannschaffsgesetz uns bringen wird, und zwar viel bessere Truppen.

Warum die britische Regierung diese „besseren“ Truppen nicht aus Irland fernnimmt, läßt sich unschwer aus der in Irland herrschenden Stimmung erklären, für die folgende Sätze aus einer Rede bezeichnend sind, die kürzlich in Irland gehalten wurde: Es gebe nur einen Weg, die Einführung der Dienstpflicht zu Fall zu bringen. Die Irländer könnten nur einmal herben. Es sei besser, dasheim in Irland, als in Flandern durch deutsche oder von Deutschen erbeutete britische Kanonen den Tod erleiden. Das irische Volk müsse wie ein Mann zusammenstehen und jedem Veruche der Einführung der Dienstpflicht bis zum Tode Widerstand leisten.

Das Kriegsziel der amerikanischen Arbeiter.

Nach einer Reutermeldung wurde im Unterhause einer Abordnung Amerikaner, die England zum Studium der industriellen und der Kriegslage bereisten, ein Frühstück gegeben. Das Mitglied des Kriegskabinetts, Barnes, Arbeiterpartei, führte den Bericht. Unter den Gästen befanden sich der amerikanische Botschafter Page, Galsour, Lord Robert Cecil, Austin Chamberlain, Lord Beaverbrook. Barnes sagte in der Begründungsrede: Wir dachten niemals an einen Krieg mit irgend jemand, aber jetzt sind wir entschlossen, den Krieg bis zum Ende fortzuführen. Der Vorsitzende des Bundes der amerikanischen Arbeiter James Wilson, erwiderte: Die amerikanische Arbeiterbewegung tritt für Freiheit, Gerechtigkeit ein und bekämpft die Methoden der faustlich-deutschen Regierung. Die amerikanischen Arbeiter haben ein, daß Amerika über kurz oder lang in den großen Weltkrieg hineingezogen würde. Sie stellten am 12. März 1917 ein ausführliches Programm auf. Hierdurch verpflichteten sie die amerikanische Arbeiterbewegung, alle Beschlüsse des Kongresses und des Landes vollzäh zu unterstützen. Es wurde beschlossen, daß kein amerikanischer Arbeitervertreter an der Konferenz mit den Vertretern der feindlichen Länder teilnehmen darf, und daß die Arbeitererschaft den Kampf gegen die Beendigung des Krieges fortsetzen wird. Die Arbeitererschaft stellt sich auf den Boden der Kriegsziele des Präsidenten Wilson. Hier gibt es kein Kompromiß. Man hat sich für die Freiheit der Menschheit oder für die preußische Autokratie zu entscheiden. Ich glaube, daß wir die Feinde bald aus Frankreich verreiben werden. Der Tag ist nicht fern, wo die Fahnen der Verbündeten auf deutschem Boden wehen, die Zukunft der Völker gesichert und die Welt reif für die Demokratie geworden ist. — Der Direktor der amerikanischen Handelskammer Edwin Meredith sagte: Wir werden einen großen gemeinsamen Sieg erleben. Dann werden wir in Großbritannien, Amerika und den verbündeten Ländern ein Nationalfest feiern zur Erinnerung an den Tag, wo die Hunnengefahr von der Erde verschwunden ist. Galsour brachte einen Trinkspruch auf die Sache der Verbündeten aus. Die Abordnung kam in diesem Augenblicke höchsten Interesses nach England; denn jetzt wurden uns in klarer, unmißverständlicher Weise die politischen und militärischen Ziele der Machthaber Deutschlands bekannt. Deutschland steht jetzt in aller Radikalität als Räuberstaat da. Die Deutschen verrechneten sich in dem Verlaufe des Krieges wiederholt. Das erste Mal als sie glaubten, sie würden im ersten Anlauf nach Paris kommen — sie kamen nur bis an die Marne. Dann verrechneten sie sich wieder, als sie glaubten, daß nichts Amerika veranlassen könne, die diplomatischen Beziehungen abzubrechen oder in den Krieg einzutreten. Schließlich verrechneten sie sich bezüglich der Unterstützung, die Amerika an der Westfront gewähren konnte. Ich habe das Vertrauen, daß Wilson imstande ist, alle Verpflichtungen zu erfüllen. Von diesen amerikanischen Leuten Arbeitervertretern haben wir nichts anderes erwartet. Es lohnt sich nicht, auf Wilsons Rede und auf die anderen Reden unserer näher einzugehen.

Senator Stone v.

„Times“ melden aus Washington, daß der Vorsitzende der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten, Senator Stone, sich gegen die

Senator Stone hat als Vorsitzender des Senatsausschusses, der in der auswärtigen Politik eine entscheidende Stimme hat, eine wichtige Rolle in der Vorgeschichte des amerikanischen Kriegseintritts geführt. Er hat lange Zeit im Senat gegen die kriegerischen Absichten Wilsons einen energischen Kampf gekämpft, um dann freilich im letzten Augenblick unter dem Druck der von Wilson beherrschten öffentlichen Meinung den Rückzug anzutreten.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 16. April. (Anklich.) Durch unsere U-Boote wurden im Sperrgebiet um England wiederum 16 000 Brutto-Register-Tonnen feindlichen Handelschifftraumes versenkt. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Der Reichstag.

trat am Dienstag wieder zusammen, zu einer Tagung, der wahrscheinlich ein ungehörter Ausbau der Kriegsstärke vorbehalten ist. Soweit zurzeit ein politisches Interesse an inneren Reichsdingen besteht, ist es auf die Steuerentwürfe gerichtet, die in den nächsten Tagen, wenn nicht schon in den nächsten Stunden dem Reichstag zugehen sollen. Ueber ihren Inhalt wurde im Hause viel erzählt, aber bekanntlich muß die amtliche Veröffentlichung abgewartet werden.

Als der Reichstag vor einigen Wochen in die Osterferien ging, fand er gerade mitten in der Daimler-Debatte, und die geheiligte Sitte der Parlamente zwang ihn, jetzt dort wieder anzufangen, wo er damals aufgehört hat. Bei dem ersten Reden, die mit großer Ausführlichkeit ihre wahrscheinlich schon vor den Osterferien fertiggestellten Reden vortragen, konnte man an das Märchen vom Dornröschen glauben, insbesondere an das Erwachen in dem verzauberten Schloß, wo die ganze Dienerschaft in der Hantierung fortfährt, in der sie der Zaubertrick gerade unterbrochen hatte.

Weber der Nationalliberale Reimath, noch der Konservern Schiele, auch nicht Herr Mümm von der Deutschen Fraktion vermochten ein größeres Interesse zu erwecken. Der unabhängige Sozialdemokrat Henke bewies auch diese Gelegenheit, um mit der sozialdemokratischen Fraktion anzubinden. Für diese ergriff Noske das Wort, um zunächst den Vordränger kurz, aber gebieterisch abzutrupfen und sich dann der Bemängelung zuzuwenden, die Herr Schiele für den Fall Daimler und die anderen derartigen Affären übrig gehabt hatte. Dann aber überraschte Noske die Zuhörer mit der Mitteilung, daß die Senjur jede Veröffentlichung über ein gegen die Manuesmannwerke und andere Rheinische Fabriken eingeleitetes Verfahren wegen Steuerhinterziehung und Bestechung von Heeresangehörigen verboten habe — übrigens zugleich mit einem Verbot des Nachdrucks und der Besprechung eines im „Vorwärts“ veröffentlichten Aufsatzes zum Wahlrechtskampj in Preußen.

Vor Noske hatte General Scheuch die Angabe Erzbergers als unbegründet erklärt, daß Groeners Rücktritt von der Leitung des Kriegsamts mit einer von ihm geschriebenen Denkschrift über industrielle Kriegsspreiße im Zusammenhang gestanden habe. Scheuch wandte sich der General auch gegen die Henke'sche Kritik an der Unterdrückung von Munitionsarbeiterstreiks, das Kriegsamts habe die Pflicht im allgemeinen deutschen Interesse, Streiks nicht zu dulden.

Längere Verhandlungen über Kriegsgewinne und Kriegsmoral stellte auch der Fortschrittler Hausmann an. Danach wurden die vom Ausschuss vorgelegten Entschuldigungen zu der Bundesratsverordnung über Preisprüfung und Überwachung der Kriegsforderungen an das Reich angenommen und die Beratung des Postetats auf Mittwoch verlagert.

Dienstag, 16. April 1918.

146. Sitzung. Nachmittags 2 Uhr.

Im Bundesrat: v. Bayer. Vizepräsident Paasche teilt mit, daß auf die Glückwunschktelegramme des Reichstages zu den Siegen im Westen Danktelegramme des Kaisers und des Feldmarschalls Hindenburg eingegangen sind.

Eingegangen sind ferner die neuen Steuervorlagen. Vizepräsident Dr. Paasche gedenkt des am 11. März verstorbenen Abg. Stolle (U. S.). Das Haus ehrt sein Andenken durch Erheben von den Sigen.

Kleine Anfragen.

Abg. Raute (U. S.) fragt, was der Reichskanzler zu tun gedenkt, um die Befreiung der Kleinfabrikanten und Kleinmengenkäufer mit Rohstoff sicher zu stellen.

Direktor im Reichswirtschaftsamt Müller betont, daß die Beschäftigung durch den Mangel an Rohstoff bedingt ist, doch könnten die Kleinfabrikanten zufolge der hohen Preise ganz gut bestehen. Im übrigen ist die Debatte angewiesen, in Zukunft die Kleinfabrikanten und Kleinmengenkäufer mehr zu berücksichtigen.

Abg. Jeger (Wp.) weist auf die schweren wirtschaftlichen Schäden hin, die die Inflation durch die Sperrung des Badenverkehrs nach den Nordseehäfen erleiden.

Unterstaatssekretär Lewald: Der Erfolg eines besonderen Gesetzes zum Ersatz derartiger Schäden muß späterer Erwägung vorbehalten bleiben. Während des Krieges ist es in Fällen, wo außergewöhnliche Härten zutage treten, Sache der Bundesstaaten, helfend einzugreifen.

Abg. Graf Westarp (R.) weist auf die Notwendigkeit der rechtzeitigen Erledigung der Frühjahrsarbeiten für die Landwirtschaft hin und verlangt Hilfe durch Zurückstellung und Beurlaubung von Heerespflichtigen, Abgabe von kriegsunbrauchbaren Pferden, Ueberweisung von Lastkraftwagen usw.

Oberst Braun: Die stellvertretenden Generalkommandos werden der Landwirtschaft, soweit es mit den militärischen Interessen irgend vereinbar ist, entgegenkommen.

Abg. Ged (Soz.) regt an, ein Abkommen über den Luftkrieg herbeizuführen, um die Einstellung der Fliegerangriffe auf offene Städte außerhalb der Kriegszone zu erreichen.

Ein Regierungsvertreter erklärt, daß bis jetzt keine amtliche Anfrage der Gegner über diese Angelegenheit eingegangen ist. Sollte sie eintreffen, so würde diese von militärischen Stellen geprüft werden.

Abg. Dr. Schatz (Lj.) beklagt sich über den Film „Der Antiquar von Straßburg“, der die Elch-Vorfänger verhöhne und der Agitation des feindlichen Auslandes diene.

Ein Vertreter des Kriegsministeriums: Es wird durchaus bestritten, daß die Elch-Vorfänger durch den Film verhöhnt werden. Das Aufzählen einer glaubwürdigen Verhöhen Personlichkeit in dem Film darf nicht verallgemeinert werden. Gegen die weiteren Aufführungen des Films wird nichts unternommen werden. Zur feindlichen Agitation dient er nicht.

Abg. Gröber (Zent.) verlangt eine reichsweite Regelung des Schadenersatzes für die durch Fliegerangriffe verursachten Personen- und Sachschäden.

Unterstaatssekretär Lewald: Das Reich muß heute bereits den Bundesstaaten Zuschüsse und Zuschußleistungen zur Verfügung stellen und ihnen im Bedarfsfälle zur Ermöglichung der Ausgabungen Vorschüsse leisten. Eine besondere reichsweite Regelung ist daher nicht nötig.

Abg. Landsberg (Soz.) wünscht, daß den vor dem Juni 1917 ins Meer eingetragenen Kriegsprümanen einheitlich im ganzen Reich die Reifeprüfung erlassen wird, wie es in Bayern und Württemberg geschehen ist; für die nach dem Juni 1917 eingetragenen Prümanen ist die Prüfung für das ganze Reich notwendig.

Unterstaatssekretär Lewald: Nachdem eine Verständigung zwischen sämtlichen Bundesstaaten erfolgt ist, kann man ihr eine rückwirkende Kraft nicht beilegen; die bayrischen und württembergischen Kriegsprümanen von vor 1917 haben ja bereits das Reifezeugnis erhalten. Daß die Prümanen in den andern Bundesstaaten aus der gleichen Zeit eine Prüfung ablegen müssen, mag für diese eine Härte bedeuten. Doch müssen die Interessen der Allgemeinheit denen der Einzelnen vorgehen.

Abg. Kunert (Unabh. Soz.) befragt sich über die Verfügung des Kriegsministeriums, wonach im Stappengebiet bei Eintritt des Waffenstillstandes die Bordelle nicht geschlossen werden sollen, und verlangt Einschreiten des Reichslandvolkes gegen diese sozial und hygienisch gefährliche Maßnahme.

Ein Regierungsvortrag: Die Verfügung besagt nur, daß bei Eintritt des Waffenstillstandes die Bordelle nicht ganz allgemein zu schließen sind; die Entscheidung über die Schließung im einzelnen kann nur nach Lage der örtlichen Verhältnisse getroffen werden.

Fortsetzung der Daimlerdebatte. (Aussprache über die Bundesratsverordnung betreffend Ueberwachung der für den Heeresbedarf arbeitenden Betriebe.)

Abg. Reimann (N.): Die Anziehung der Betriebsbeschränkung durch Daimler bedeutet zweifellos eine Bedrohung nationaler Interessen. Wir bedauern diese Entgleisung der Verwaltung aufs tiefste. Im übrigen können wir ein Urteil nicht fällen, ehe das Gericht gesprochen hat. Die Anlage auf Landesvertrags ist ja inzwischen zurückgezogen. Im Falle Behr-Binnow hätte die Heeresverwaltung kontrollieren müssen, ob den bewilligten höheren Preisen auch die geschätzten Löhne entsprachen. Den Resolutionen stimmen wir zu. Für ein allgemein schärfendes Vorgehen der Regierung gegen die Industrie sehen wir keinen Anlaß. Große Teile der Industrie haben keine Kriegsgewinne gemacht. Nach dem Kriege wird die Friedenspsychologie stark auf Wertbückung der Preise wirken.

Abg. Schiele (K.): Man sollte nicht durch noch dazu ungelöste Einzelfälle scharfe allgemeine Angriffe gegen die Industrie richten, wie es insbesondere der Abg. Moske getan hat. Im Falle v. Behr-Binnow hat Abg. Erzberger in der Kammer die scharfsten Angriffe erhoben, die sich nachher zum Teil als unrichtig erwiesen haben. Hohe Dingen beweisen an sich nur, daß gut gearbeitet worden ist. Die Daimler-Werke haben es verstanden, im Frieden einen um 50 Proz. billigeren Motor herzustellen. Im Falle v. Behr-Binnow sprich man immer nur von dem „Kammerherrn“, nennt aber nicht die andern, die das Geschäft wirklich gemacht haben, die Steinbaum, Wiener, Cohn, Mand. (Hört, hört! rechts.)

Die Ausführungen des Abg. Moske haben bewiesen, daß seine Freunde noch immer an der alten Forderung der Entkapitalisierung des Privatkapitals festhalten. Es ist bezeichnend, daß diese scharfen Gegner der Militarisierung so energisch für eine Militarisierung der Industrie eintreten. Besonders Wert sollte man auf die freiwillige Mitarbeit der Industrie legen und vor einer Ergänzung der Bundesratsverordnungen, die die Ueberwachung der Betriebe regelt, sollte man die Organisationen der Industrie hören. Wo Kunden sind, müssen sie ausgebraut werden, und wenn Befehlungen im Falle Daimler nachgewiesen werden, muß unmissverständlich eingeschritten werden. Wir wollen aber der deutschen Industrie, die so Großes im Kriege geleistet hat, nicht unnötige Fesseln anlegen zuliebe einer kollektiv-sozialistischen Weltanschauung. (Beifall bei der Linken.)

Abg. Mum (Deutsche Kraft): Vor dem Kaufmannsstand haben wir volle Achtung, aber nicht vor jenem Krämergeist, der seinerzeit den Reichstag der Reichsliste begründet hat und der auch von Kriegsbeginn an den Krieg nur unter dem Gesichtspunkt betrachtet hat, Reichskämmer zu erwerben. Hoffen wir, daß das Blickfeld der Reichstagsverhandlungen diejenigen, die es angeht, schließt.

Abg. Henke (Unabh. Soz.): Für eine Militarisierung der Betriebe sind meine Freunde unter keinen Umständen zu haben. Die Heeresverwaltung hat gegen das Rüstungskapital eine wahre Schatzgrube an den Tag gelegt. Wir verlangen im Gegenzug zum Abg. Reimann, daß die Heeresverwaltung unmissverständlich und energisch gegen die Industrie, vor allem die Rüstungsindustrie, einschreitet. Die Langmut der Heeresverwaltung gegen die Daimler-Werke erklärt sich durch den engen Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Militarismus. Von einer kollektivistischen Wirtschaft, die der Abg. Schiele so sehr fürchtet, kann bei uns gar keine Rede sein, bei uns herrscht der krasseste Kapitalismus, höchstens könnte man von einem kollektivistischen Kapitalismus sprechen. Für die vorgeschlagenen Resolutionen werden wir stimmen, weil sie dazu dienen sollen, die Betriebe scharfer zu kontrollieren. Nicht nur die Daimler-Werke stehen hier unter Anklage, sondern auch die Heeresverwaltung, die ungeheure Langmut gegenüber dem Rüstungskapital gezeigt hat. (Sehr wahr! bei den U. S.) Die Firma Dinkopp soll den Arbeitern bei Reparaturen nur 70 Pfg. pro Stunde gezahlt haben, während sie der Heeresverwaltung 2,50 Mk. Arbeiterlohn pro Stunde in Rechnung gestellt hat. Das wäre klare Betrugsabsicht. Ich hoffe, daß die Heeresverwaltung diese Behauptung nachprüfen wird. — Im Ausschussrat der Daimler-Werke sitzt Herr Gontard in Stuttgart, der sich damit kränzt, daß er Widerstände zu überwinden in der Lage sei. Sein Bruder ist Generaladjutant des Kaisers. Ist der Militärverwaltung bekannt, daß auch die Gewehrfabrik in Oberndorf in Württemberg mit Einstellung der Gewehrfabrikation gedroht hat, wenn ihr nicht höhere Preise bewilligt würden? (Hört, hört!) Die Daimler-Werke haben wiederholt Forderungen ihrer Arbeiter abgelehnt. (Hört, hört!) Wenn es sich um solche Arbeiterforderungen handelt, kann die Militärverwaltung auch sehr schnell handeln. So lag in den Daimler-Werken in Marzenfeld bei einem Streik sofort ein Hauptmann mit einer Kompanie in die Fabrik ein und drohte bei Nichtwiederaufnahme der Arbeit mit der Militarisierung. (Hört, hört!) Der Hauptmann entließ auch sofort einige Vertrauensleute. (Hört, hört!) Vergleichen Sie damit die Langmut der Heeresverwaltung gegenüber den Kapitalisten der Rüstungsindustrie! Hier handelt es sich nicht um Einzelfälle, sondern um das System des Kapitalismus. Wir haben dieselbe Korruption in England, in Italien. Für die Kapitalisten ist der Krieg die beste Verdienstsache. Dabei ist es nur menschlich, wenn sie den Krieg verlängern, ja ihn hervorgerufen wollen. Einem solchen Staate, der diesem System nicht zu Leibe geht, kann man kein Vertrauen entgegenbringen. Inwiefern Herr Bernhard schreibt in der „Wolff. Ztg.“ die Kriegsgewinne dürfen nicht moralisch beurteilt werden, denn ohne Kriegsgewinne könnten wir den Krieg überhaupt nicht führen. Herr Georg Bernhard versteht sich ja auf Moral, sogar auf doppelte Moral. Ohne Profit freizet der Kapitalismus eben, er ist immer und überall nur ein Prozentkapitalismus. Wo kein Verdienst winkt, hört für ihn der Patriotismus auf. Deshalb ist der Fall Daimler kein vereinzelter Fall; diese Korruption zieht ihre Kräfte in die weitesten und höchsten Kreise. So ist schon viel auch über die hohen Holzpreise geschrieben worden. Die Fürstin Bismarck verkauft Holz, das im Frieden 6—7 Mk. gekostet hat, für 46 Mk., und dieses Holz ist höchlich lehrreich dem Fürsten Bismarck geschenkt

Der amtliche Kriegsbericht.

Weitere Fortschritte in der Oberebene.

W.B. Großes Hauptquartier, 17. April. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem blutdurchtränkten Kampffelde der vorjährigen Flandernschlacht besetzte die Armee des Generals Sigt v. Armin Paschendaele und zog auch bei Beclaires und Gheluvelt ihre Linien vor.

Nördlich von der Dins erklärten die Truppen des Generals Sieger in den frühen Morgenstunden das Dorf Wytschaete, warfen den Feind trotz heftiger Gegenwehr von den Höhen nördlich und östlich vom Orte und wiesen starke Gegenangriffe ab. Den südwestlich von Bulverghem auf rückwärtige Linien ausweichenden Gegner drängten sie über den Douvebach zurück. Bailleul und die zahlreich verteidigten Stützpunkte Cappelle und nördlich von Bailleul und Meteren wurden genommen. In starken Kräfteinsatz versuchte der Engländer, unterstützt durch Franzosen, vergeblich Meteren und das verlorene Gelände beiderseits Morris zurückzuerobern. Seine Angriffe brachen unter schwersten Verlusten zusammen.

Auf dem Schlachtfelde zu beiden Seiten der Somme entspannen sich heftige Feuerkämpfe, die auch während der Nacht namentlich südlich von der Somme anhielten.

Mazedonische Front.

In Vorkeldkämpfen in der Struma-Ebene nahmen bulgarische Stoßtruppen 155 Engländer und einige Griechen gefangen. Der Erste Generalquartiermeister. Rudendorff.

worden. So bereichert sich alles am Kriege, und natürlich sind dann diese Kapitalisten die schlimmsten Friedensfeinde, und die Regierung erweist sich ihnen gegenüber als ohnmächtig. Für das Volk bedeutet diese Bereicherung auf seine Kosten Elend und Verelendung, ferner bedeutet sie Verlängerung des Krieges und eine der stärksten Gefahren für den Wiederausbruch künftiger Kriege. Mit Recht sagen dabei die Arbeiter zu den herrschenden Klassen: Ihr habt uns in den Krieg geführt, um gute Geschäfte zu machen. (Beifall bei den Unabh. Soz.)

General Scheuch: Der Abg. Erzberger hat behauptet, der Rücktritt meines Amtsvorgängers, des Generals Gröner, hänge mit einer von ihm verfaßten Denkschrift über die Preisentwicklung zusammen. Diese Behauptung ist unzutreffend, eine solche Denkschrift besteht nicht. — Der Abg. Henke fragte, ob es zutreffend ist, daß die Gewehrfabrik Mauser in Oberndorf auch Preisforderungen mit der gleichzeitigen Androhung der Arbeitseinstellung erhoben hat. Das letztere trifft nicht zu, dagegen hat die Gewehrfabrik Preisforderungen gestellt, die augenblicklich der Prüfung unterliegen. Herr Henke klagte über ein verschiedenartiges Vorgehen gegenüber der Arbeitseinstellung seitens der Arbeiter und gegenüber solchen Preisforderungen. Solche Preisforderungen haben Zeit, die Arbeit aber hat nicht Zeit. Und in einem Falle der Gefährdung der Kriegsarbeit haben wir schnell eingegriffen und werden das auch in Zukunft tun. (Beifall.) Unser Industrie hat große Verdienste um unsere Kriegführung und braucht sich durch den Vorwurf der Internationalität gerade von jener Seite (zu den Unabh. Soz.) nicht verletzen zu lassen.

Abg. Moske (Soz.): Herr Schiele und Herr Henke haben sich in der Zurückweisung der Militarisierung der Rüstungsbetriebe zusammengeschlossen, Herr Schiele, weil er die Rüstungsindustrie nicht beschränkt wissen will, Herr Henke, weil er die Arbeiter nicht beengt wissen will. Im Falle Daimler hat es sich darum nicht gehandelt, und ich behaupte gern, daß ich in diesem Falle Maßregeln verlangt habe, die das Reich vor Bewucherung schützen, und die Interessen der Landesverteidigung wahrnehmen sollen. Die Notwendigkeit, den Kapitalismus zu bekämpfen, entbindet uns nicht von der Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß unser Volk und Land nicht auch noch von feindlichen Heeren geplündert wird. Herr Schiele mag sich gesagt sein lassen, daß jeder Versuch, die Daimler-Werke reinzuwaschen, mißlingen muß. Schon heute kann man in gewissem Grade ein abschließendes Urteil abgeben, nämlich über die Stellung der Werke zur Einschränkung der Produktion. Hier ist ein geradezu unerhörtes Verfahren verfaßt worden, das durch kein Wort beschönigt und durch noch so lange Darlegungen nicht abgemildert werden kann. Die konservative Presse hat eine weitgehende Hege gegen streikende Arbeiter getrieben. Da ist es charakteristisch, daß gerade Herr Schiele geglaubt hat, Entschuldigungsgründe für die Daimler-Werke finden zu müssen. Daraus werden große Kriegsgewinne der Bestenentzug entzogen. Aber selbst wenn sie restlos von der Steuer erfaßt werden könnten, wäre es doch noch richtiger, das Geld des Reiches nicht erst in Kriegsgewinnene Primaten zu verwandeln, sondern in der Reichskasse zu behalten. Aber unsere Verwaltung ist im Kriege fast kapitalistisch durchdrängt worden; in allen Ecken sitzen Herren, die mit dem Kapitalismus verflochten und verschwägert sind, durchaus ehrenhafte Herren, die aber naturgemäß in hohen Gewinnen etwas ganz Selbstverständliches sehen. Herr Schiele warf mir Ueberreibungen vor. Dabei habe ich lediglich das wörtlich wiedergegeben, was Offiziere des Kriegsministeriums uns in der Kommission vorgetragen haben und was Herr Schiele dort selbst mit angehört hat. (Hört, hört!) Leider wird die Erörterung von Mißständen von der Militärzensur noch immer unterbunden. Das neueste Zensurverbot ist geradezu ein Skandal. Danach werden alle Veröffentlichungen über eine bei den Mannesmann-Waffen- und Munitionswerken (hört, hört!) und bei anderen rheinischen Firmen schwebende Untersuchung wegen Steuerhinterziehung (hört, hört!) und Bestechung von Heeresangehörigen (hört, hört!) verboten. Wie kommt die Heeresverwaltung dazu, die Erörterung einer solchen Auswucherung des Reichs zu unterbinden! Die tolle Ironie ist, daß auf demselben Blatt auch das Verbot der Belpresung des „Vorwärts“-Artikels über den Wahlrechtskampf stand. (Hört, hört!) Ich habe heute früh die Anfrage an den Kanzler gerichtet, was mit einer solchen Verschleierrichtigkeit bezweckt werde. Im Volk herrscht größter Unwille über diese Bewucherung des Reichs. Die Heeresverwaltung muß rücksichtslos dafür sorgen, daß saubere Wirtschaft im Reich geschaffen wird. (Lebh. Zust. bei den Soz.)

Abg. Gaußmann (Sp.): Volle Klarheit verlangt das Volk allerdings. Die Heeresverwaltung muß der Industrie scharf auf die Finger sehen. Mißstände in der Industrie sind scharf zu rügen, aber solche Mißstände dürfen uns nicht hindern, wenn wir nicht den Vorwurf blinder Urteilslosigkeit auf uns laden wollen. anerkennen, daß die deutsche Industrie einer der wichtigsten Faktoren im ganzen Weltkrieg geworden ist und Staunen-erregendes zum Heile unseres Vaterlandes geleistet hat. (Lebh. Bravo! bei der Sp.)

Abg. Schiele (K.) vernahmt sich gegenüber dem Abg. Moske gegen die Gleichstellung mit dem Abg. Henke.

Die Debatte schließt. Die Resolutionen der Kommission, die eine schärfere Kontrolle der für den Heeresbedarf arbeitenden Betriebe sowie die Schaffung von Preisprüfungsstellen bei den zentralen Beschaffungsstellen und die Einrichtung einer Zentralprüfungsstelle der Kriegslieferungen verlangen, werden angenommen.

Hierauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung: Mittwoch 3 Uhr. (Postetat.) Schluß 7/2 Uhr.

Politische Rundschau. Deutschland.

Die neuen Steuervorlagen.

Der Bundesrat erteilte nachfolgenden Steuergeheimwürfen seine Zustimmung: Entwurf eines Gesetzes über das Branntweinmonopol, Entwurf eines Biersteuergesetzes, Entwurf eines Weinsteuergesetzes, Entwurf eines Gesetzes, betreffend Besteuerung von Mineralwässern und künstlich bereiteten Getränken, Entwurf eines Gesetzes, betreffend Aenderung des Gesetzes, betreffend eine mit Post- und Telegraphen gebühren zu erhebende außerordentliche Reichsabgabe vom 21. April 1917 (Reichsgesetzblatt Seite 577), Entwurf eines Gesetzes über Kriegsteuer der Gesellschaften für das vierte Kriegsjahr, Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung des Reichsstempelegesetzes, Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung des Wechselstempelegesetzes, Entwurf eines Gesetzes gegen die Umgehung der Steuerpflicht. Die Geheimwürfe werden dem Reichstag noch im Laufe des heutigen Tages zugehen.

Abgabe von Kriegsmaterial an Landwirte und Gewerbetreibende.

In Anträgen der sozialdemokratischen und der Zentrumsfraction des Badischen Landtages wird die Regierung ersucht, beim Kriegsministerium dahin zu wirken, daß nach Kriegsende von der Militärbehörde nicht mehr benötigte Pferde, Wagen, Schlitten, Baumaterialien, Werkzeuge usw. unter Ausschluß des Zwischenhandels unmittelbar an Landwirte und Gewerbetreibende verkauft werden, sowie daß dieses Material in erster Linie den Familien bedürftiger Kriegsteilnehmer abgegeben werde.

Die Anträge wurden mit der Befürchtung begründet, daß nach Kriegsende das freierwerbende Kriegsmaterial in die Hände des Handels komme und dadurch so verteuert werde, daß Landwirtschaft und Gewerbe schwer benachteiligt würden. Es wurde vorgeschlagen, die Verteilung durch die Organisationen oder die Kommunalverbände vornehmen zu lassen. Die Kammer stimmte den Anträgen einstimmig zu.

Ein fortschrittlicher Umlenker.

Der fortschrittliche Landtagsabgeordnete Oeser erklärt in der von ihm geleiteten „Mittelzeitung“: „Heute hätten andere Bedingungen Geltung als zu der Zeit, als die Reichstagsresolution vom 19. Juli 1917 gefaßt wurde. Das Problem habe sich seit Juli 1917 dahin verschoben: erst Sicherung, dann Verständigung, während damals noch die Sicherung durch die Verständigung erstrebt werden durfte.“

Den gleichen Standpunkt vertritt jüngst auch der Abg. Müller-Meinungen und auch die „Freisinnige Zeitung“ stellt sich jetzt auf denselben Boden. Wie sie sich diese „Sicherung“ gedacht haben, bewahren die Herrschaften vorläufig noch in ihres Herzens innerstem Schrein. Und doch wäre es sehr wünschenswert, hierüber einmal etwas Näheres zu erfahren. Zur Klärung der Lage könnte das unter Umständen außerordentlich beitragen.

Die Ueberleitung der mobilen Truppen in die Friedenswirtschaft.

mit, wie wir aus bester Quelle erfahren, von den maßgebenden Stellen nicht nur als eine wirtschaftliche, sondern auch als eine politische und militärische Angelegenheit angesehen. Doch sind diese Stellen überzeugt, daß der Plan, nach dem diese Ueberführung vor sich gehen soll, durchaus die Billigung der gesamten Öffentlichkeit finden werde. Die grundlegenden Vorarbeiten für die Ueberleitung des Heeres in das Wirtschaftsleben sind abgeschlossen. Dieser Abschluß ist aufeinandergekommen unter dem Zusammenwirken von Heer, Reichs- und Staatsbehörden und allen Organisationen des Wirtschaftslebens. Die Frage des Arbeitsnachweises ist mit den Fachleuten der Arbeitsnachweise-Frage und mit den Arbeitsnachweispraktikern aus dem Lager der Arbeiter wie der Unternehmer durchgearbeitet worden. Die Gefahr von Härten und Benachteiligungen darf als vermieden gelten.

Ferner wird mitgeteilt, daß unter der Berücksichtigung aller Verhältnisse der Rücktransport der russischen Kriegsgefangenen nach Rußland ebenso wie die Rückkehr der deutschen Gefangenen aus Rußland nur langsam vor sich gehen kann.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Mittwoch, 17. April.

Freie Jugend. Heute abend findet im Jugendheim ein Lichtbildervortrag „Eine Reise nach Konstantinopel, Serbien und Albanien“ statt, der sehr interessant ist und auf den der Jugendausschuß auch an dieser Stelle aufmerksam zu machen, uns ersucht.

Die Hansaten an der Front der Eroberungspolitik — nicht an der Front, wo das Blut in Strömen fließt — wollen jetzt gemeinsam in den Lübecker, Hamburger und Bremer Klassenparlamenten einen Vorstoß für die Pläne der sogenannten Vaterlandspartei unternehmen. Das in Hamburg detariertes beabsichtigt ist, und daß ein alibetischer Professor in Lübeck das Gleiche anregt und der Zustimmung der Innegegnen gewiß ist, haben wir bereits berichtet. Jetzt tutet auch die ehemals liberale,

Höchste Zeit!!! Am Donnerstag mittag wird die Kriegsanleihezeichnung geschlossen. Wenn alle, die noch nicht gezeichnet haben oder die ihre Zeichnung noch erhöhen können, diese Gelegenheit nicht verpassen, kommen noch viele Millionen zusammen. Gerade diese letzten Millionen vollenden erst den großen Erfolg, den wir brauchen. Also — zeichne, zeichne heute, **zeichne sofort!**

teht im Dienste der Großpreder und Schwerindustriellen stehende Bremer „Neuer-Zeitung“ in das gleiche Horn. Sie schreibt: „Man hofft sowohl in Hamburg wie auch in Lübeck auf ein gleichzeitiges Vorgehen der bremischen Bürgerschaft. Es kann weder in Hamburg noch in Lübeck einem Zweifel unterliegen, daß die entsprechenden Anträge von der Bürgerschaft mit großer Mehrheit angenommen werden. Und in Bremen scheint sich, wenn man auf Neuierungen etwas geben darf, die gerade in diesen Tagen von einer Seite gekommen sind, die bisher der Friedensresolution des Reichstags sehr zugeneigt war, ein solch günstiger Stimmungsumschwung in den letzten Wochen vollzogen zu haben, daß auch hier der größte Teil der Bürgerschaft einem dem Hamburger entsprechenden Antrage zustimmen wird. Wenn aber die drei Senate der Hansestädte durch Initiativanträge der Bürgervereine zu einem gemeinsamen Schritte im Bundesrat veranlaßt würden, dann hätte solches Vorgehen ein derartiges Gewicht, daß sich eine Anzahl weiterer Bundesratsmitglieder, und sehr wahrscheinlich die größere Mehrheit, ihm anschließen würden. Sehr richtig ist gerade in Bremen bei Besprechungen der unterrichteten Handelskreise darauf hingewiesen, daß der Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens durch Auslieferung von Rohstoffen aus feindlichen Besitz weit mehr gefördert werden würde, als durch eine bare Entschädigung. Wenn aber diese einzig mögliche Form der Schadloshaltung durchgeführt und zum Besten des ganzen Reiches durchgeführt werden soll, dann heißt es: „Hanseaten an die Front!“

Die Heimkehrer wittern überall Morgenluft, das kann man aus ihren Auslassungen nach den deutschen Erfolgen, die nicht sie, sondern das Volk in Waffen errungen hat, deutlich erkennen. Ganz ungeniert lassen auch die Bremer Vaterlandsparteiler die Fahne der Annexionen lustig im Winde flattern, und wenn ihre hamburghischen und lübeckischen Gesinnungsgenossen in den genannten unblutigen Eroberungslustigen Agitationsfeldzug ziehen, dann bleiben sie sicher nicht zu Hause. Die Leute verlangen Kriegsentwädigung, und da sie so unklar sind, um nicht zu wissen, daß die bestiegten Feinde, diese einfach nicht bezahlen können, so soll dann eben an ihrer Stelle noch mehr Land eingefakt werden. Wenn solche Wünsche Früchte zeitigen und verwirklicht werden sollten, so würde die Geschichte der Weltpolitik auch in der Zukunft katastrophal verlaufen. Aber danach fragen unsere Eroberungspolitiker ebensowenig wie die feindlichen.

Eine Streitfrage in der Krankenversicherung, ob nämlich auch die nach § 176 der Reichsversicherungsordnung Versicherungsberechtigten im Falle ihrer militärischen Einberufung Mitglieder einer Krankenkasse bleiben können, hat das Reichsversicherungsamt kürzlich in einer grundsätzlichen Entscheidung in bejahendem Sinne beantwortet. Das R.V.A. sagt: „Tene Personen haben eine Mittelstellung zwischen Versicherungspflichtigen und freiwillig Weiterversicherten. Die Versicherungsberechnung ist ihnen deshalb eingeräumt, weil sie sich in einer ähnlichen wirtschaftlichen Lage wie die Versicherungspflichtigen befinden und daher gleichfalls des Schutzes der sozialen Fürsorge bedürfen. Unter diesen Umständen kann nicht mit Sachn... angenommen werden, daß die Versicherungsberechtigung mit dem Ausscheiden aus der sie begründenden Tätigkeit ohne weiteres erlosche. Das würde die freiwillig Beitretenden, benachteiligen gegenüber der freiwillig Weiterversicherten, was das Gesetz bei der inneren Verwandtschaft dieser beiden Formen der Versicherung nicht gewollt haben wird.“ Betroffen werden von der Entscheidung in erster Linie die Versicherer, welche bei einem Jahresarbeitsverdienst von mehr als 2500 Mk. als Angestellte in Privatbetrieben, als Handlungsgehilfen, Bühnen- und Orchestermitglieder, Lehrer und Erzieher der Krankenversicherung freiwillig beigetreten sind, weiter Familienangehörige eines Arbeitgebers, die ohne eigentliches Arbeitsverhältnis und ohne Entgelt in seinem Betriebe beschäftigt sind, und endlich auch Gewerbetreibende und andere Betriebsunternehmer, die in ihren Betrieben regelmäßig keine oder höchstens zwei Versicherungspflichtige beschäftigen.

Grundsätze über die Genehmigung zum Vertrieb von Ersatzlebensmitteln. Die Verordnung über die Genehmigung von Ersatzlebensmitteln tritt bekanntlich am 1. Mai 1918 in Kraft. Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes hat in einer Bekanntmachung, die in Nr. 84 des „Reichs- und Staatsanzeigers“ vom 10. April 1918 veröffentlicht ist, Grundsätze über die Zugehörigkeit zu den Ersatzlebensmitteln aufgestellt. In dieser Bekanntmachung sind die wesentlichen Kennzeichen für den Begriff unter Verfassung von Beispielen angegeben. Nicht nur die Nahrungs-, sondern auch die Genussmittel sind zu dem Begriff zu rechnen, letztere aber eben nur, insofern sie als Lebensmittel anzusehen sind, jedoch also Ersatz-Lebensmittel der Verordnung nicht unterliegen. Ferner sind die wesentlichen Gruppen von Ersatzlebensmitteln zusammengestellt, ohne daß diese Aufzählung als erschöpfend zu gelten hat. Anzuges bei Zweifel darüber, ob ein Gegenstand zu den Ersatzlebensmitteln gehört, sind an das Kriegsernährungsamt, Berlin, zu richten. In einer weiteren Bekanntmachung des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamtes in der gleichen Nummer des „Reichs- und Staatsanzeigers“ sind Grundsätze für die

Erteilung und Verfassung der Genehmigung von Ersatzlebensmitteln veröffentlicht, die im Benehmen mit dem Kaiserlichen Gesundheitsamt und Vertretern der bereits bestehenden Ersatzmittelstellen aufgestellt sind. In diesen Richtlinien sind sowohl die allgemeinen Grundsätze für die Genehmigung von Ersatzlebensmitteln aufgeführt, als auch besondere Richtlinien für die Beurteilung bei der Aufassung oder Ablehnung einzelner Gruppen von Ersatzlebensmitteln, und zwar von Backpulver, Ei-Ertrag, Vanillpulver und ähnlichen, Gewürzergas, Kunsthonig, Marshmaladen, Gelee, Bubbingspulver und dergleichen, Würzen, Extrakten, Salzwürzen, Salatlinsen und Tee-Ertrag, bekannt gegeben. Industrie und Handel ist durch die beiden Bekanntmachungen die Möglichkeit gegeben, sich mit den Grundsätzen bekannt zu machen, die künftig bei der Erteilung von Genehmigungen zum Vertrieb von Ersatzlebensmitteln maßgebend sein werden.

Eine anziehende Ueberraschung bereitete der „Niederdeutsche Abend“ der Deutschen Dichter-Gedächtnis-Stiftung, der am 15. d. Mts. vor 2000 Personen im großen Saale der Musikhalle in Hamburg stattfand. Neben den martigen und humorvollen Vorträgen des Herrn Friz Wischer, Kiel, trat Frau Käthe Gyan, Hamburg, auf, um Nieder zur Laute zu singen. Den Abluß des Abends bildeten Lieder von Gorch Fock, die sie in Rintemärder Gewandung vortrau, woran sie ein Sohn dieser Insel in seiner Tracht auf der Hieharmonika beileitete. Nicht endenwollender Beifall rief die Künstlerin immer wieder heraus. Heute abend findet dieselbe Veranstaltung im Abend im Marmoraal des Stadttheaters statt.

Stadttheater. Auf das Gastspiel von Wilhelm Furtwängler am 19. d. M. „Der fliegende Holländer“ sei hiermit nochmals hingewiesen. Den „Holländer“ singt Herr Buers vom Stadttheater Hamburg als Gast. Am kommenden Sonntag wird „Der fliegende Holländer“ wiederholt werden mit Herrn Kapellmeister Wehler als Dirigent und Frau Dr. Bartsch-Jonas, welche von früher her noch bei allen Lübeckern in bester Erinnerung steht, in der Partie der „Senta“ als Gast.

pb. Die ungeliebten Gäste der Räucherkerze. Der in der Nacht zum 16. d. M. ausgeführte Einbruchdiebstahl in einer Räucherkerze in Lübeck fand in der Ergreifung von drei Tätern, Soldaten, seine Erlösung. Der größte Teil der von den Dieben gestohlenen Räucherkerzen konnte wieder herbeigeholt werden, denn den Dieben war es trotz Bemühungen noch nicht möglich gewesen, dieselben zu verkaufen. Aufgefundenene Spuren lassen darauf schließen, daß die Festgenommenen schon mehrere solcher Einbruchdiebstähle ausgeführt haben.

pb. Der Güterverabreichung verdächtig. Ermittelt wurde ein Eisenbahnwagenheber, der an der Hand bei ihm gefundener Waren in dem dringenden Verdachte steht, an der Verabreichung von in letzter Zeit vorgekommenen Eisenbahn-Gütern, beteiligt gewesen zu sein.

Selmsdorf. Durch Blitzschlag wurde am Montag abend die vor dem Herrenhause des Hofes Selmsdorf befindliche Scheune ein Raub der Flammen. Die Nachbargebäude und das Vieh konnten gerettet werden.

Hamburg. Zum Mordversuch in der Raffinaderreihe. Am Sonntag abend wurde, wie wir berichteten, in einem Zigarrenladen in der Raffinaderreihe die 60-jährige Ladeninhaberin von einem jungen Burlesken niedergeschlagen. Jetzt wurde der obdachlose 18-jährige ehemalige Zigarrenhändler, dessen Eltern in der Nähe des Zigarrenladens wohnen, in Haft genommen, der auch bereits eingestanden hat, die Tat vollbracht zu haben. Er hat, wie er angibt, keine Reue gemacht, da er infolge der Hilferufe der Frau schnell entflohen ist. Die Ueberfallene hat sich von den Hammer schlägen schon am Sonntag wieder erholt, so daß sie aus dem Krankenhaus entlassen werden konnte. — Unglücklicher Ausgang einer Ruderpartie. Am Sonntag nachmittag unternahm eine Gesellschaft von sieben Personen eine Ruderpartie auf der Bille. Als das Boot bei der Blauen Brücke angekommen war, sprang die Ehefrau Gülzau über Bord. Hierbei kam das Boot zum Kentern und die ganze Gesellschaft fiel ins Wasser. Leider konnten nur drei Personen gerettet werden. Das Ehepaar Gülzau, sowie der Rutscher Friedrich Wünsche und dessen Schwester Gretchen fanden ihren Tod in den Fluten der Bille. — Unbekannt ertrunken. Am Sonntag nachmittag fiel bei der St. Pauli Fischhalle ein etwa fünfjähriger Knabe in die Elbe und ertrank. Der Name des Knaben war bisher noch nicht zu ermitteln.

Hamburg. Am Fahrstuhl tödlich verunglückt. In dem auf dem Grundstück Rantorenstraße 18 gegen am Gebäude angebrachten Fahrstuhl fuhr die etwa 18 Jahre alte Arbeiterin Henri Ernesti. Unvorsichtigerweise beugte sie sich über den Rand des Geländers, wobei ihr Kopf zwischen Fahrstuhl und Mauerdecke kam und zerquetscht wurde. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Waren. Ein Kriegsgefangener ermordet. Montag morgen wurde ein bei dem Erbpächer W. in Schwabdorf (Bezirk Waren) beschäftigter russischer Kriegsgefangener mit eingeschlagenem Schädel auf seiner Schlafstatt aufgefunden. Als Worbisurument war ein Beil benutzt worden. Der Schwerverletzte gab nur noch schwache Lebenszeichen von sich.

Feber. Von der Wohnungsnot. Freierwerbende Wohnungen werden zurzeit regelrecht versteigert. Bei einer solchen Versteigerung wurde in der Bismarckstraße der Preis für eine kleine Dreizimmerwohnung von 240 Mark auf 380 Mark getrieben. Eine ähnliche Wohnungsversteigerung ist für die nächsten Tage angesetzt.

Theater und Musik.

Stadttheater. „Die Menschenfreunde“, Schauspiel in 3 Akten von Rich. Dehmel. Gastspiel Albert Basser mann. Das Gastspiel des bedeutendsten Menschendarstellers vermittelte gestern dem Lübecker Publikum die Bekanntheit mit einem dramatischen Werke des auch in Arbeiterkreisen als Lyriker sehr geschätzten Dichters Richard Dehmel. Die „Neue Welt“ und die Parteipresse hat manches fein empfundene, stimmungsvolle Gedicht von ihm gebracht. Am bekanntesten ist wohl „Der Arbeitsmann“. Sein Schauspiel „Die Menschenfreunde“ zeigt nun trotz der Fülle vortrefflicher und wirkungsvoller Einzelzüge, daß Dehmel kein Dramatiker, wenigstens noch kein Dramatiker ist. Es fehlt dem Stück die eigentliche fortschreitende Handlung, welche doch das Wesen eines Dramas ausmacht. Die von Dehmel um den Millionär Wlach herumgeschriebenen Szenen können nicht dafür gelten, auch wenn sie stellenweise sehr spannend, vielfach allerdings mehr quälend sind. Dehmel verfolgt vor allem die Wächter, die Pariser in Samaritanerleidern an den Pranger zu stellen, deren Menschenfreundlichkeit mit Eitelkeit, Brutalität und anderen niedrigen Gesinnungen eng verknüpft ist. Da fastbald die hohe Obrigkeit vor dem Reichthum — den sie im Grunde ihrer Seele verachtet — von seinem oft auf trümmigen Wegen, die über Leichen führen, erworbenen Gelde große Stiftungen macht. Man häuft Ehren und Würden auf ihn, obwohl schwarze Schatten seine Vergangenheit umlagern. Und all diese und noch andere Respektspersonen bilden den Verein der angeblichen Menschenfreunde, den Wlach ebenso genau durchschaut, wie seinen Vetter Julius, der ihn als Mörder dem Henker ausliefern möchte. Es braucht wohl nicht besonders hervorgehoben zu werden, daß ein Dichter wie Dehmel in seinem Schauspiel dennoch viel Wertvolles gibt, wenn man auch den Mangel an dramatischem Leben nicht verschweigen kann. Manches treffende, kluge Wort wird von ihm gesprochen und in der Zeichnung der Charaktere und der ganzen Behandlung des Stoffes zeigt sich Dehmel als Mann von Geist und Gestaltungsvermögen. Daß es einer Künstler wie Basser mann zeigen konnte, die Rolle des Christian Wlach zu spielen, ist begreiflich. Sie gibt ihm Gelegenheit, daraus einen Menschen zu formen, dessen zerrissene Seele sich in jedem Wort und jeder Gebärde widerspiegelt, der in qualvoller Selbstermarbung sein ehrenüberhäuftes Dasein lebt, bis ihn der Tod davon erlöst. Bassermanns Kunst, die das ganze Wesen des von ihm wiedergegebenen Menschenfreunde bis in die kleine Fingespitze durchdringt, war einfach bewundernswert. Wirkungslos und keine Leistungen boten neben dem ausgezeichneten Gast Herr Wedding als Julius, Herr Schweisguth als Sanitätsrat, Herr Buedter als sich am bombastischen Redensarten herausgehender Bürgermeister und Frau. Brod als gültige Schwester Anne. Das ausverkaufte Haus häuften auf den Gast die Fülle des Beifalls, den auch seine heiligen Kollegen eifrig verdienten.

P. L.

Gewerkschaftsbewegung.

Genosse Heinrich Schneider, der Redakteur des „Proletarier“, (Organ des Fabrikarbeiterverbandes), ist am Sonntag an den Folgen eines Straßenbahnunfalles verstorben. Mit Schneider ist ein waderer Parteigenosse und Gewerkschaftler dahingegangen.

Neueste Nachrichten.

Der Nachfolger Czernins. Wien, 17. April. Der Kaiser hat den gemeinsamen Finanzminister Baron Stephan Burian zum Kaiser zum Minister des Hauses und des Aushern ernannt.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co., Sämtlich in Lübeck.

Bekanntmachung.

Der Knochenverkauf in der Markthalle

findet statt am Donnerstag, dem 18. April 1918, vormittags von 8 bis 12 Uhr für die Knochenbezugskarten Nr. 1 bis 1000 und am Freitag, dem 19. April 1918, vormittags von 8 bis 12 Uhr für die Knochenbezugskarten Nr. 1001 bis 2000.

Ein freihändiger Verkauf der etwa übrig bleibenden Knochen findet nicht statt.

Lübeck, den 17. April 1918.

Das Polizeiamt.

Nach langem bangem Warten erhielten wir die wertige Gewissheit, das auch unser innigstgeliebter ältester Sohn und Bruder

Albert

am 27. März im vollendeten 24. Lebensjahre in dem grauenamen Weltkrieg zum Opfer fiel.

Im tiefsten Schmerz Eltern und Geschwister
K. Warkentin,
Gebrüder 196.

Willy Bohnhof
am 22. März im 21. Lebensjahre dem grauenamen Kriege zum Opfer gefallen ist.
In tiefer Trauer
Wilhelm Bohnhof u. Frau geb. Husung,
Richard Wittmann u. Frau geb. Bohnhof, Söhne,
Emma Bohnhof,
Walter Bohnhof,
Gertraud Bohnhof
und alle, die ihm nahe standen.
Lübeck, Rantorenstr. 44a, II.

Wegen Sterbefall bleibt das Geschäft am Donnerstag geschlossen.
F. W. Heyde
Bandagist, Königstr. 33.

Suche Beschäftigung
für nachmittags oder abends.
Lübeck, P. P. an die Exp. (1872)

Ein Haus in 2 Wohn- u. 2 gew. m. mit Gas, zu verm. gel. m. n. Pr. u. B. G. J. an d. Exp. (186)

Am Sonntag, dem 14. ds. Mts., erhielten wir die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn, Bruder und Verlobter, der Unteroffizier

Bernhard Winter

Inhaber des Eisernen Kreuzes II. Klasse sowie des Lübecker Hanseatenkreuzes
im 25. Lebensjahre nach 29 Monate schweren Kämpfen am 4. April dem grausamen Kriege zum Opfer fiel.
In tiefer Trauer
Wilhelm Winter und Frau geb. Nagel,
Brüder und Verlobte Mariechen Jaland
sowie alle, die ihm nahe standen.
Lübeck, Elswigstraße 14a. 1868
Dir der Friede, uns der Schmerz, ruhe sanft, geliebter Sohn.

Trockenes Tannenholz
zum Anheizen frei Haus per Satz 3.20, ab Lager 3.— empfiehlt (1859)

Heinrich Boye,
Kohlen- und Holzhandlung,
Sünderstr. 17a. Fernruf 913.

Glasweiben

aller Art off.
D. Fauchitz, Glasbläser,
Fleischhauerstr. 35, Fernruf 2308

Hansa-Theater.

Heute abend 7:30 Uhr: (1868)

Deutscher Metallarbeiterverband.

Verwaltungsstelle Lübeck.

Gesucht möglichst sofort für unser Bureau eine weibliche Hilfskraft für Bureauarbeit. Selbstgeschriebene Angebote mit Angabe der bisherigen Tätigkeit sind bis zum 22. April mit der Aufschrift „Bewerbung“ an unser Bureau, Johannisstraße 48, einzufenden. 1870

Heute Breite Straße 31

Fünf-Mark-Mateilscheine zur

achten Kriegsanleihe mit (1864)

100-Mk.-Prämienverlosung.

Täglich frische

Fleischfülle,

ohne Fleischmarken, Pfund 1 Mk. Hundestr. 95. (1865)

Ein Kammermusikmorgen im Stadt-Theater

veranstaltet vom Streichquartett der Lübecker Kammermusik-Vereinigung (Szántó, Gehrken, Leidner, Corbach)

Sonntag, den 21. April, vormittags 11^{1/2} Uhr.

Haydn || Händel || Beethoven
Froschquartett || Passacaglia || Streichquartett G-dur
Karten zu 2.— und 1.— Mk. nur Theaterkasse. (1860)

Das Butterliebchen.

Von Max Seydewitz, Reichensachsen.

Joachim war kein Trottel, beileibe nicht, wer das etwa behauptete, war ein schlechter Menschenkenner...

Joachim's Frau Brigitte kam mit ihres Mannes verrückten Rechtschaffenheitsbegriffen auf ihrem Kriegsfuß...

Beizubi und zerstückt hört Joachim die Jerschreden und Darmwürde seiner Frau an.

Das ist ja eben das Leid, daß du gar nichts weißt und ja nichts mühe dich.

Ja, ja, ich will's dir wohl doch noch nicht.

Was, nicht so schmerzhaft? Bist du nicht selber einmal...

Das ist ja eben das Leid, daß du gar nichts weißt und ja nichts mühe dich.

Ja, ja, ich will's dir wohl doch noch nicht.

Was, nicht so schmerzhaft? Bist du nicht selber einmal...

Das ist ja eben das Leid, daß du gar nichts weißt und ja nichts mühe dich.

Ja, ja, ich will's dir wohl doch noch nicht.

Was, nicht so schmerzhaft? Bist du nicht selber einmal...

Das ist ja eben das Leid, daß du gar nichts weißt und ja nichts mühe dich.

Ja, ja, ich will's dir wohl doch noch nicht.

Was, nicht so schmerzhaft? Bist du nicht selber einmal...

Das ist ja eben das Leid, daß du gar nichts weißt und ja nichts mühe dich.

Ja, ja, ich will's dir wohl doch noch nicht.

Was, nicht so schmerzhaft? Bist du nicht selber einmal...

Das ist ja eben das Leid, daß du gar nichts weißt und ja nichts mühe dich.

Ja, ja, ich will's dir wohl doch noch nicht.

Was, nicht so schmerzhaft? Bist du nicht selber einmal...

Das ist ja eben das Leid, daß du gar nichts weißt und ja nichts mühe dich.

Ja, ja, ich will's dir wohl doch noch nicht.

Was, nicht so schmerzhaft? Bist du nicht selber einmal...

Das ist ja eben das Leid, daß du gar nichts weißt und ja nichts mühe dich.

Ja, ja, ich will's dir wohl doch noch nicht.

Was, nicht so schmerzhaft? Bist du nicht selber einmal...

Das ist ja eben das Leid, daß du gar nichts weißt und ja nichts mühe dich.

Joachim. Das machte Joachim's Herz weich, er dachte an Brigitte, an die Kinder und warme Dankbarkeit ließ ihn gegen die erste Spenderin zärtlicher und liebenswürdiger sein...

Daheim war die Freude groß, als Joachim mit der Butter ankam. Brigitte lächelte über das ganze Gesicht, nannte Joachim einen „Lustfischer“...

Schließlich kam es auch zur Katastrophe. Eines Sonntags normittags kam das „Butterliebchen“ mit vor noch röterem Gesicht wie eine Furie in Joachim's Wohnung...

Beizubi und zerstückt hört Joachim die Jerschreden und Darmwürde seiner Frau an. „Was soll ich tun und wie kann ich helfen?“ fragte er laut, wenn Brigitte ihm von ihrem Entschluß sprach...

W. I.-B. in Bibern.

Wenn man in den letzten Nummern des Simplizissimus die Biber über die Zustände in Russland und die russische Revolution mit den Schauererzählungen des Wolffbürenaus über die Grausamkeiten der roten Garde vergleicht...

Es gab einmal eine Zeit — es ist heute lange her — da vermochten die Zeichner des erwähnten Blattes sich immerhin mit Geschmack und Erfassungsgabe an großen Gegenständen zu reiben...

Die Kunst dient unmittelbar nur sich selber, sie wirkt nur durch sich. Ihre Macht liegt im Unbewußten. Vor allem aber die Satire, die freieste der Künste, braucht die Freiheit und Unbegrenztheit des Denkens in vollem Maße.

Einstmals gab es eine Zeit, da das freihetliche deutsche Bürgerthum und dessen kritisch-intellektueller Deismus auf dem Gebiete der Satire, eben der Simplizissimus, für die Freiheit des Gedankens russischen Volkes gegen den zaristischen Despotismus ergriff...

Für unsere Frauen

In der 8. April 19 Jahre ist geworden. Sie ist eine der bedeutendsten Fortschrittsarbeiten für die Gleichberechtigung der Frau. Sie ist die bekannteste Vertreterin der deutschen Lehrerinnen geworden.

Banken ihr Schöpfung und Leitung, vieles. Die Zeitschrift „Die Frau“, die sie herausgibt, hat bei allem Widerspruch, den wir gegen viele Aufstellungen auszusprechen hätten, doch sehr Bedeutendes zur geistlichen Erhellung und Aufklärung zur Begeisterung und Kampfgeistigkeit der Frauen geleistet.

So viel uns auch von Helene Lange trennt, auch von unserer Seite gebührt ihr warmer Dank für das, was sie für die deutsche Frauenwelt gewollt und gewirkt, angeregt und durchgesetzt hat.

Kleines Feuilleton

120 Kilometer Schußweite.

In der Zeitschrift „Kosmos“ lesen wir: Wie ein Vögel erzählt, können sich die Luzemburger keine Kanonen anschaffen, da sie bei Schießübungen jeweils über ihre Landesgrenze hinausträfen würden.

Unser Speisefalz als Wetterkinder.

Über ein offenes Auge ist die kleinen Naturerscheinungen hat, die uns dauernd umgeben, sei es an den in unseren Zimmern gehetzten Blumen, an kleinen Aquarien und gar vielen anderen...

Zu einer Reihe geradezu nützlicher Erfahrungen führt die tägliche, nicht einmal beachtete, sondern uns ganz zufällig auffallende Beobachtung des Speisefalzes in unseren Salzbehältern.

Gar manches Brauentleid kann auf diese Weise vor den feuchtesten Ueberwachungen einer zu unternehmenden Landarbeit durch die einfache Feststellung aus dem Inhalt des Salztopfchens beschützt werden.

Ueberall bin ich zu Hause — nur nicht zu Hause!

Wenn du in der Ukraine an eine Tür postst, dann stehst ein Mitglied der deutschen Regierung seinen Kopf heraus.

Großen Herzens über deren Vielteiligkeit tustest du nach Berlin in die Wilhelmstraße, um dort den anwesenden Regierungskarten deine Anerkennung auszusprechen.

„Ja,“ sagt der und läuft blau an, „die Wohnung ist an Familie Albrecht“ vermieht.

Blaker-Garlchen.

Heiteres

Tabakerjak. Ein: „Muß 'n schönes Kraut sein, was die Welt' jetzt rauchen.“ Dem Großvater hängt seit ner Vierteltunde der Pijpel vom Hals an der Pfeife und glimmt, aber er hat's noch gar nicht gemerkt!

Ein Heuchler. Junger Geschäftsmann: „Siehst du, Daniel, Ordnung, das ist die Hauptfrage im Geschäft!“ (auf eine gefüllte Klappe zeigend).

Nachhilfe. Immer gibt uns der Professor so schwere Hausarbeiten. Jetzt fällt mir nichts ein über Terpsichore!“ — „Dummet Bub! Der Terpsichore ist 'a Kaffee-Erjak!“

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schmack. Druck: Friedr. Kener & Co.